

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Herbert Woerlein (SPD)
Kinderschutz ernst nehmen - kein Glyphosat-Einsatz auf von Kindern genutzten Flächen
(Drs. 17/17137)**

und

**Antrag der Abgeordneten Tanja SchorerDremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer
u. a. (CSU), Umweltschonender Einsatz von Glyphosat
(Drs. 17/16744)**

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Bitte schön, Frau Kollegin Steinberger für die Fraktion der GRÜNEN. Sie sind bereit. Bitte.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Glyphosat hat uns in diesem Landtag schon oft beschäftigt. Immer wieder haben wir als Opposition versucht, der CSU-Fraktion Zugeständnisse abzurufen und sie dazu bringen, sich mal eindeutig zum Thema Glyphosat zu positionieren; denn wir finden dieses Pflanzengift höchst problematisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2015 hat die WHO erstmalig die Meinung geäußert, dieses Mittel könnte möglicherweise für Menschen krebserregend sein. Grund dafür waren wissenschaftliche Untersuchungen, bei denen eine Häufung von Krebs bei Nagetieren entdeckt worden war. Daraufhin wurde vonseiten der Herstellerfirmen alles unternommen, dieses Mittel in der öffentlichen Wahrnehmung reinzuwaschen. Ob diese Methoden alle sauber und zulässig waren, kann mit Recht zumindest bezweifelt werden.

In letzter Zeit haben sich die Hinweise auf eine unzulässige Beeinflussung der Genehmigungsbehörden verdichtet. Aus diesem Grund wollten wir im letzten Umweltausschuss wissen, was die Staatsregierung von diesen Hinweisen hält, ob sie sie überhaupt kennt und wie sie sie bewertet. Leider konnte die CSU-Fraktion unserem Antrag nicht folgen. Die Begründung seitens des Ministeriums war etwas dubios. Entweder hieß es: Das ist viel zu viel Arbeit. Diese Arbeit können wir nicht leisten. – Oder es hieß: Das kann man alles im Internet nachlesen. – Also: Die Beantwortung ist eigentlich trivial. Unser Antrag wurde nach dem Motto abgelehnt: Such dir deine Begründung selber aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das halte ich für eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Abgeordnete sollten doch jederzeit das Recht haben, die Staatsregierung nach ihrer Meinung und Einschätzung zu fragen, noch dazu bei einem so heiklen Thema wie Glyphosat. Ich finde es deshalb begrüßenswert, wenn die CSU-Fraktion sich nun dieses Themas annimmt und ebenfalls bestimmte Einschränkungen fordert. Dazu hat es aber auch eine Umwelt-ministerkonferenz gebraucht.

(Sylvia Stierstorfer (CSU): Ach geh!)

Trotzdem herzlichen Glückwunsch zur neuen Erkenntnis von unserer Seite.

(Peter Winter (CSU): Danke!)

Im Mai 2015 haben Sie es noch abgelehnt, die Anwendung auf privaten Flächen zu untersagen. Und das steht nun in Ihrem Antrag. Dazu noch mal herzlichen Glückwunsch.

(Peter Winter (CSU): Danke, passt schon!)

2015 haben Sie es noch abgelehnt, öffentliche Flächen effektiv vor Glyphosat zu schützen. Was sagen Sie in Ihrem Antrag? – Die Anwendung soll stärker reglementiert werden, und sachkundige Personen sollen vorgeschrieben werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, da geht noch mehr. Das ist eigentlich jetzt schon Stand der Technik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da lege ich Ihnen doch unseren Antrag vom Dezember 2015 ans Herz. Dort wurde damals schon von uns ein Verbot auf öffentlichen Flächen gefordert. Also, wenn Sie schon unsere Anträge abschreiben, dann bitte richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Ihre letzte Forderung besagt, dass die Sikkation, also die Vorerntebehandlung, verboten werden soll. Es ist schön, dass Sie sich auch einmal dazu durchringen können, etwas zu verbieten. Da waren Sie allerdings im Mai dieses Jahres noch anderer Meinung.

Also, wenn es um Inkonsequenz geht, dann sind Sie von der CSU-Fraktion wohl absolute Meister.

(Beifall bei den GRÜNEN – Erwin Huber (CSU): Also, jetzt reicht's aber!)

Diese Anträge, die ja sehr gut gemeint sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Bundesland-wirtschaftsminister Christian Schmidt von der CSU diesen Wirkstoff weiter zulassen möchte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie es aussieht, wird sich Deutschland in Brüssel enthalten und somit der Kom-mission das Feld überlassen. Das ist unverantwortlich. In Europa gilt das Verursacherprinzip: Wenn es Zweifel an der Unbedenklichkeit eines Mittels gibt,

(Erwin Huber (CSU): Ach geh weiter, wer sagt denn das? Das sind diese Brüsseler Geschichten!)

darf es nicht mehr zugelassen werden. Aber die Kommission hat sich schon geäußert und will es wohl wie-der für zehn Jahre zulassen, und das ohne diese Beschränkungen, die Sie zu Recht gefordert haben. Deshalb bitte ich Sie: Wirken Sie doch mal auf Ihren Minister ein. Lassen Sie nicht zu, dass er diesem Pestizid für weitere zehn Jahre einen Freibrief erteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie sich doch ein Beispiel an Kalifornien oder auch an Frankreich, das vor Kurzem geäußert hat, dass es Glyphosat nicht weiter zulassen möchte; denn Glyphosat ist nicht harmlos. Es zerstört die Artenvielfalt auf dem Acker, es bedroht die Nahrungskette und ist wahrscheinlich krebserregend beim Menschen.

(Angelika Schorer (CSU): "Wahrscheinlich"!)

Beiden Anträgen stimmen wir zu; sie sind Schritte in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.